

Zürichsee-Zeitung

Obersee

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



ALLWETTERSCHUHE
LEMO SCHUH
8733 ESCHENBACH
055 222 00 22 · www.lemo-schuh.ch

Durch den Schnee

400 schnelle Schlittenhunde rannten in Studen um die Wette.

SEITE 4

Zauberhaft

Michel Gammenthaler probierte sein neues Soloprogramm in Jona aus.

SEITE 5

Starke Lakers

Rapperswil-Jona gewinnt das Seederby gegen die ZSC Lions mit 7:2.

SEITE 11



Stadthof Süd wird zum Politikum

RAPPERSWIL-JONA. Die SP-Eingabe ins Stadtforum wirft Wellen. Auch in anderen Parteien sieht man den Bedarf zur Diskussion, auch wenn man das Prisma grundsätzlich positiv wahrnimmt.

SARAH GAFFURI

Nachdem die SP-Eingabe für die Stadtforumssitzung dieser Woche unfreiwillig zu früh an die Öffentlichkeit gelangte, äussern sich auch die anderen Parteien. Ein geradezu vorrangiges Thema waren die Fragen, die die SP zum Neubau der Stiftung Fokus (Stadthof Süd) in der Rapperswiler Innenstadt stellt, unter den anderen politischen Akteuren nicht. Dennoch: Man begrüsst die Diskussion. Die SP kritisiert in ihrer Eingabe den Umgang der

Stadt mit dem Thema Freikirchen als zu unkritisch. «Es ist sicher richtig, dass sich die Quartiervereine und Politiker mit der Stadt gemeinsam zum Thema auseinandersetzen», sagt SVP-Präsident Raphael Weber. Allerdings kann man sich wenig Alternativen für das Verhalten der Stadtverwaltung vorstellen: «In der Schweiz herrscht Religionsfreiheit. Solange keine Gesetze oder Verordnungen verletzt werden, gibt es keinen Grund, solche Projekte nicht zu erlauben.» Ähnlich sieht dies die FDP. Ihr

Präsident, Jakob Schöpfer, sagt: «Die Stadt muss ein Baugesuch auch als solches behandeln.» Wenn die Bauvorschriften erfüllt sind, dann müsse die Stadt die Baubewilligung geben. «Die rechtlichen Grundlagen fehlen für die Verantwortlichen, um auch noch zu prüfen, wer da bauen darf.»

Dennoch sei die Diskussion deswegen nicht hinfällig: «Offensichtlich besteht ein Unterschied zwischen der Wahrnehmung in der Bevölkerung und den rechtlichen Gegebenheiten.»

«Stadt kann froh sein»

Weniger Verständnis für die Haltung der SP haben die Vertreter des Quartiervereins Mitte. «Wenn jemand schon die

Problematik der Alterswohnungen aufgreift, können alle anderen nur froh sein», sagt Walter Jucker, Präsident des Vereins, «die Kritiker würden sich besser fragen, warum die Stadt diesbezüglich noch nicht weiter ist.» Das Vorhaben der Stiftung Fokus entspreche der ursprünglichen Idee, die man für das Areal zwischen Manor und Sonnenhof einstmalig verfolgt habe. Für das Land sei eine kulturelle Nutzung vorgesehen gewesen, gut passierbar von Fussgängern. Nachdem nun mit dem Albuville der Vorstellung einen Riegel geschoben worden sei, könne das Projekt der Stiftung Fokus nur begrüsst werden.

Stören sich die Einwohner denn nicht an der Ausbreitung

der Freikirchen? «Die Event Hall von ICF beispielsweise ist mitten im Quartier Mitte», sagt Jucker, «damals freuten sich alle über den zusätzlichen Saal.» Die traditionellen Kirchen könnten ausserdem davon profitieren, von den neuen Gemeinschaften herausgefordert zu werden, ist Jucker überzeugt. Er selber arbeitet in einer Reformierten Kirchgemeinde im Kanton Zürich. «Die Freikirchen müssen Platz haben, genau wie auch Moscheen oder Synagogen.»

Die Kirche im Prisma gedenkt sich im Stadthof Süd einzumieten, weil ihre Räumlichkeiten zu klein geworden sind. Damit stellt sie unter den regionalen Freikirchen eine Ausnahme dar.

Seite 3

Starke Laser verbieten

BERN. Swiss- und Rega-Piloten werden immer öfter Opfer von Laserattacken. Nun will der Bund tätig werden.

THOMAS MÜNZEL

Angriffe mit Laserpointern auf Flugzeuge haben sich in der Schweiz zu einem gefährlichen Trend entwickelt – zumal der intensive Lichtstrahl die Flugkapitäne im manuellen Landeanflug minutenlang orientierungslos machen kann. Nach Angaben des Bundesamts für Zivilluftfahrt hat sich die Zahl der Laserangriffe letztes Jahr verdoppelt (89 Fälle). Theoretisch droht für solche Blendattacken eine Busse bis hin zu einer mehrjährigen Haftstrafe. Die Übeltäter erwischt man allerdings nur selten. Denn einerseits ist es schwierig, die Blendquellen zu eruieren. Andererseits seien die Leute oft längst verschwunden, wenn die Polizisten am möglichen Tatort eintreffen, heisst es von Seiten der Kantonspolizei Zürich.

Verfassung anpassen?

Handlungsbedarf ortet der Bundesrat umso mehr bei den Geräten selber. Denn bis heute fehle ein adäquater gesetzlicher Rahmen in Bezug auf Erwerb und Gebrauch von starken Lasern, sagt Mirjana Moser, stellvertretende Leiterin Strahlenschutz im Bundesamt für Gesundheit. Ihrer Ansicht nach liessen sich die Probleme mit einem neuen Verfassungsartikel lösen. Moser ist zudem überzeugt, «dass Laserpointer mit einer Leistung von mehr als einem Milliwatt für den normalen Konsumenten verboten werden müssen».

Seite 17

VIelfalt DER HOLZ-MASKEN

Das fünfte Internationale Holzlarventreffen hat Siebnen drei Tage lang zum Mekka der Fasnachtsverrückten gemacht. Das Wochenende begann am Freitagabend mit einer Geburtstagsparty zum 50-Jahr-Jubiläum der Waldhexen Siebnen. Es mündete in den grossen internationalen Fasnachtsumzug mit über 2500 Teilnehmenden am gestrigen Sonntagnachmittag.

Bild: Kurt Heuberger

Seite 6



Al-Baradei plädiert für Wahlen in einem Jahr

KAIRO. In Ägypten brechen die verhärteten Fronten auf: Nach über eineinhalb Wochen der Demonstrationen und Proteste begannen am Wochenende Verhandlungen über die Zukunft des Landes. So traf sich Hosni Mubaraks Vizepräsident Omar Suleiman gestern mit Vertretern der Opposition, um über Reformen zu diskutieren. An den Gesprächen waren ausser den Muslimbrüdern

auch die liberale Wafd-Partei und die linksgerichtete Partei Tagammu beteiligt. Nach dem Treffen erklärten beide Seiten, man habe sich auf die Einsetzung einer Gruppe geeinigt, die weitere Gespräche vorbereiten solle. Ein Sprecher der Muslimbruderschaft sagte aber auch, das Treffen habe keine substanziellen Fortschritte gebracht. Die Opposition bekräftigte deshalb ihre Forderung,

Mubarak solle sofort zurücktreten.

Der Friedensnobelpreisträger und Oppositionspolitiker Mohammed al-Baradei bezeichnete die Gespräche als äusserst zäh. Ein Problem sei zudem, dass der gesamte Vorgang vom Militär gesteuert werde. Er dringt darauf, erst in einem Jahr in Ägypten neuwahlen zu lassen. Eine einjährige Übergangszeit mit einer

«Übergangsregierung der nationalen Einheit» sei notwendig, um freie und faire Wahlen zu gewährleisten.

«Ägypten entscheidet»

Nahost-Fachmann Arnold Hottinger warnt im Interview allerdings, es bestehe nach wie vor die Gefahr, dass Vizepräsident Suleiman das Regime weiterführe. Die weitere Entwicklung in Ägypten habe Signalwirkung

für die Region: «Viel hängt davon ab, ob der Wandel in Ägypten gelingt.» Die ägyptische Regierung bemühte sich unterdessen, ein wenig Normalität in der Hauptstadt wiederherzustellen. Gestern öffneten erstmals wieder viele Banken; auch der Verkehr floss wieder. Die Proteste auf dem Kairoer Tahrir-Platz gingen aber mit rund 10 000 Menschen weiter.

(sda/red)

Seiten 16, 18

Redaktion: 055 220 42 42, redaktion.obersee@zsz.ch

Inserate: 044 515 44 66, rapperswil@zsz.ch

Abo-Service: 0848 805 521, abo@zsz.ch



9 771 663 138 901 6

Anzeige 311795

MERBAGRETAIL.CH

 Ihr Partner für
Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge

MERCEDES-BENZ AUTOMOBIL AG
ZWEIGNIEDERLASSUNG HORGEN
Hüttenstrasse 10 · 8810 Horgen
T 044 727 33 33 · horgens@merbag.ch
www.merbagretail.ch/horgen